

Fortsetzung von Seite 1

Ungleichheit ins Lot bringen



Fotos (3): Herbert Schlemmer

Die SoVD-Presskonferenz fand ein großes Medienecho.

behinderten Menschen und Sicherstellung der Daseinsvorsorge.

Hierbei setzt sich der SoVD unter anderem dafür ein, Arbeitsverhältnisse wieder menschenwürdiger zu gestalten. Befristete Beschäftigungen, Leiharbeit und Werkverträge sind stark einzuschränken, Minijobs ganz abzuschaffen. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen sollen ausgebaut werden. Ein bundeseinheitlich gesetzlich vorgeschriebener Mindestlohn ist aus Sicht des Verbandes zwingend.

Im Bereich der Teilhabe von Menschen mit Behinderung fordert der SoVD vor allem eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie eine Wiederanhebung der Beschäftigungspflichtquote auf sechs Prozent. Unerlässlich sind auch eine gezielte Förderung und Beratung schwerbehinderter Menschen. Der Verband macht sich außerdem seit vielen Jahren für ein inklusives Bildungssystem stark, in dem behinderte und sozial benachteiligte Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten wie nichtbehinderte Kinder.

Die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, wie sie als

dritter Kernpunkt des Maßnahmenpaketes gefordert wird, muss sich auf den Ausbau der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und der Pflegeversicherung beziehen. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge fordert der SoVD vor allem Investitionen in die Bereiche, die für die Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger wichtig

sind: Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung und Wohnen.

Ursula Engelen-Kefer betonte vor zahlreich anwesenden Journalisten, dass es genug finanzielle Ressourcen gebe, um einen stärkeren Sozialstaat zu finanzieren. Ihrer Bewertung zufolge könnten die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteu-

ersatzes auf 56 Prozent sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer Milliarden in die Kassen bringen. *veo*

Die Broschüre „Für einen solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat – Kernforderungen des SoVD“ steht im Internet unter www.sovd.de/verteilungsgerechtigkeit/ zum Download bereit.



Hintergrund

O-Ton Bauer (Auszüge):

Die Beschäftigung steigt, doch über eine Million arbeiten in Leiharbeit, sieben Millionen in Minijobs – 15 Prozent aller Erwerbstätigen sind nur unbefristet beschäftigt. (...) Die Ein-



Adolf Bauer

kommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnieren seit Jahren. Angesichts steigender Steuern, Abgaben und Preise bleibt ihnen immer weniger. (...) Auf der anderen Seite erhalten die Vorstandsvorsitzenden der Dax-Konzerne Bezüge und Bonus-Zahlungen in zweistelliger Millionenhöhe.

O-Ton Engelen-Kefer:

Das System Hartz IV hat sich nicht bewährt und ist daher abzuschaffen. Bei Arbeitslosigkeit muss die beitragsfinanzierte Arbeitslosenunterstützung (ALG I) die grundsätzliche Risikoabsicherung für arbeitslose Menschen sein. Hierzu sind vor allem die Bezugszeiten wieder

zu verlängern. Wir brauchen darüber hinaus ein Fürsorgesystem, das eine Mindestsicherung für Notlagen gewährt. Dies muss menschenwürdig mit den Betroffenen umgehen und wirksame Hilfen vorsehen.



Ursula Engelen-Kefer

Brief des SoVD zum Sozialprozessrecht

Antwort aus den Bundesministerien

SoVD-Präsident Adolf Bauer hat in einem Brief gegen Vorschläge zur Änderung des Sozialprozessrechtes protestiert. Die zuständigen Ministerien für Justiz und für Arbeit und Soziales haben darauf positiv reagiert.

Wie in der Juli/August-Ausgabe auf Seite 2 berichtet, hatte sich SoVD-Präsident Adolf Bauer in einem Brief direkt an das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gewandt, um sich gegen die von der Justizministerkonferenz vorgeschlagenen Änderungen des Sozialprozessrechtes auszusprechen. Inzwischen ist von beiden Ministerien eine Antwort eingetroffen, die Zustimmung zur Position des SoVD signalisiert.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat die Argumente des SoVD „mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die wichtigen Gesichtspunkte, auf die Sie für das sozialgerichtliche Verfahren hingewiesen haben, werde ich in diesem Kontext berücksichtigen.“

Auch das in der Sache federführende Ministerium steht den Ansichten des SoVD aufgeschlossen gegenüber. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, versichert: „Sowohl die Einführung einer Gerichtsgebühr für Versicherte und Leistungsempfänger als auch die Abschaffung des Rechts auf Anhörung eines bestimmten Arztes sind Teil eines umfangreichen Vorschlagspaketes der diesjährigen Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Beide Vorschläge sehe ich – ebenso wie Sie – kritisch.“

... Das Interesse des Betroffenen an einer möglichst einfachen und barrierefreien Wahrnehmung seiner zum Teil existenziellen Rechte darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Ich versichere Ihnen, dass ich bei der Bewertung aller Vorschläge der Länder auf diesen Aspekt mein besonderes Augenmerk richten werde.“

Separate Abstimmung im Oktober – SoVD fordert bessere Absicherung

Streit um Zuschussrente hält an

Nachdem Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen für den ersten Entwurf ihres Rentenpakets viel Kritik von allen Seiten einstecken musste, legte ihr Ministerium am 7. August einen überarbeiteten Entwurf vor.

Für Ministerin von der Leyen ist die Durchsetzung der Zuschussrente zum Prestigeprojekt geworden. Ihr Versuch, die FDP mit der Rentenbeitragsenkung zur Zustimmung zu bewegen, scheiterte prompt. Über die Zuschussrente soll jetzt separat im Oktober abge-

stimmt werden. Die Ministerin will die Zuschussrente auf jeden Fall durchsetzen und sieht darin ein geeignetes Mittel, um die Altersarmut zu bekämpfen. Der SoVD widerspricht dem entschieden.

Nur ein geringer Teil der Zielgruppe der Niedrigverdiener

wird die hohen Zugangsbedingungen (30 Rentenbeitragsjahre, 40 Versicherungsjahre und private Altersvorsorge) erfüllen können. Die aus der Rentenversicherung finanzierte Zuschussrente vermischt das Fürsorge- und Versicherungsprinzip. Die Überprüfung der Anspruchsberechtigung führt zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand.

Die Finanzierung der Zuschussrente aus der staatlichen Rentenversicherung lehnt der SoVD ebenso ab wie die Rentenbeitragskürzung. Statt die Rentenreserven anzugreifen, schlägt der SoVD einen gestaffelten Rentenfreibetrag in der Grundsicherung vor, die zur Gänze aus Steuermitteln finanziert wird.

Statt die Armut neu zu verteilen, fordert der SoVD eine bessere rentenrechtliche Absicherung in der Erwerbsphase und bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase.



Foto: Patryk Kosinski / fotolia

Viele im Niedriglohnsektor Beschäftigte können im Alter nicht von ihrer Rente leben und müssen sich ein Zubrot verdienen.